

Vortrag an den Ministerrat

EU; Informelle Videokonferenz der für den Rat Allgemeine Angelegenheiten zuständigen Ministerinnen und Minister am 15. Juli 2020

Am 15. Juli 2020 fand eine informelle Videokonferenz der für den Rat Allgemeine Angelegenheiten zuständigen Ministerinnen und Minister statt. Behandelt wurden die Vorstellung der Prioritäten des deutschen Ratsvorsitzes sowie die Vorbereitung der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates am 17./18. Juli 2020.

Vorstellung der Prioritäten des deutschen Ratsvorsitzes

Der deutsche Ratsvorsitz präsentierte das Vorsitzprogramm und unterstrich die Wichtigkeit der Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie. Es gehe darum, die EU durch die Krise zu steuern und für die Zukunft zu wappnen. Abschließend verwies der deutsche Ratsvorsitz auf das geplante informelle Ministertreffen am 30. November und 1. Dezember in Wiesbaden.

Vorbereitung des außerordentlichen Europäischen Rates

Die Mitgliedstaaten führten im Vorfeld des außerordentlichen Europäischen Rates (ER) eine Debatte zum Aufbauinstrument Next Generation EU sowie zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 auf Basis der von ER-Präsident Charles Michel in Form von ER-Schlussfolgerungen vorgelegten überarbeiteten Verhandlungsbox. Der deutsche Ratsvorsitz sowie Kommissar Johannes Hahn verwiesen auf die bisher erfolgten Arbeiten und unterstrichen die Dringlichkeit einer Einigung beim außerordentlichen Europäischen Rat am 17./18. Juli.

Ich versicherte dem deutschen Ratsvorsitz meine Unterstützung und wünschte gutes Gelingen für die Vorsitarbeiten in wichtigen Zeiten. Ich betonte zudem, dass die Suche nach einer Lösung beim außerordentlichen Europäischen Rat am 17./18. Juli unterstützt

werde. Ich hob hervor, dass allerdings noch einige zentrale Bedenken ausgeräumt werden müssten und verwies auf die bekannte österreichische Position.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

11. Dezember 2020

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin